

PM – Und jährlich grüßt das Murmeltier des Kultusministeriums

In Frankfurt gibt es wie jedes Jahr weinende Eltern an den Telefonen der Elternvereine des Netzwerk Inklusion Frankfurt, bei Gemeinsam Leben und beim Stadtelternbeirat. Grund? Ihre Förderkinder werden im Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule abgelehnt, weil die Schulen – wie in den letzten Jahren auch schon - nicht ausreichend mit Förderstunden ausgestattet werden, um die Beschulung zu sichern.

Die schulrechtlichen Grundlagen sehen vor, bei 7 Förderkindern eine volle Stelle durch einen Förderlehrer zu besetzen. Dies zu lesen treibt wohl allen inklusionsbereiten Schulen das Wasser in die Augen. Von dieser Vorgabe ist die Realität in Frankfurt seit Jahren weit entfernt. Es gibt Schulen, die bereit sind, statt 7 sogar 9 oder 10 Kinder zu beschulen, doch wegen fehlender Ressource erhalten sie von der Schulbehörde statt einer ganzen nur eine 2/3 Stelle. So lehnen die Schulen nun ab, die Eltern sind verzweifelt und rennen nun als Bittsteller von Schule zu Schule – obwohl es Aufgabe der Schulbehörde wäre, Alternativen bereitzustellen. Doch hier landen die Fälle erstmal auf dem großen Stapel „unversorgte Kinder“ und wegen Personalmangels dauert es dann. Zudem liegt der Zeitpunkt der Entscheidungen sehr spät, so dass den Eltern bis Beginn der Sommerferien kaum Zeit zur Suche passender Alternativen bleibt. Und das liest sich im Schulgesetz als „Elternwahlrecht“.

Für die Verteilung der Förderstunden auf die Schulen sind in Frankfurt die Beratungs- und Förderzentren (BFZ) zuständig, die zugleich selbst Förderschulen sind – damit ist ein Interessenskonflikt systemimmanent. Manche BFZ legen offen, über welche Stundenmengen sie verfügen und wie sie die Verteilung vornehmen. Klare Vorgaben oder Sanktionen seitens der Schulbehörde scheinen zu fehlen. Die viel beschworenen „kommunizierenden Röhren“ der Schulbehörde, die eine Wanderung der Stunden gemeinsam mit dem betreffenden Kind von der Förderschule an die Regelschule vorsehen, bleiben Wunschdenken.

Wie ernst es das Kultusministerium mit der Beschulung Frankfurter Schülerinnen und Schüler nimmt, lässt sich bereits an der personellen Ausstattung der Schulbehörde ablesen. Allein in den letzten 12 Monaten hatte das Staatliche Schulamt 5 verschiedene Amtsleiter. Ebenso häufig wechselte das Personal im Förderschul-Dezernat – wenn es überhaupt besetzt war. Und damit nicht genug: bis September 2017 werden im Amt 8 von 13 Dezernenten ausgewechselt. Interesse an sinnvoller Schulentwicklung für Frankfurter Schulen? Kontinuität in der Modellregion Inklusion? Ist nicht recht zu bemerken.

Zurück bleiben desillusionierte Pädagoginnen und Pädagogen, die in diesen Tagen ihre Aufgabe darin sehen, ihre Kollegen zu vertreten, die viele Stunden in Förderausschüssen gebunden sind und somit für „normalen“ Unterricht nicht zur Verfügung stehen. Förderausschüsse befinden über Förderbedarf und -ort eines Kindes. Dort sitzen teilweise 5 – 7 Lehrkräfte der involvierten Schulen mit den Eltern zusammen und sollen eine gemeinsame Lösung finden. Wir beobachten, dass deren Ausgang nicht selten bereits im Vorfeld zwischen den Schulen abgestimmt ist – ohne dass mit den Eltern gesprochen wurde. Und seit dem letzten Jahr steht dort immer wieder auch „vorbehaltlich entsprechender Stundenzuteilung“, d.h. die Schule würde das Kind aufnehmen, aber nicht ohne Ressource. Durchaus darf man die Sinnhaftigkeit solcher Förderausschüsse in Frage stellen. Sinnvoll sind sie, wenn sie als Übergabegespräche zwischen Eltern, Grund- und Weiterführender Schule im Sinne der bestmöglichen Förderung für das Kind ablaufen. Nicht aber, wenn die Entscheidung bereits zwischen den Schulen gefällt wurde und die Eltern ohne Anhörung vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

PM – Und jährlich grüßt das Murmeltier des Kultusministeriums

Was müssen wir fordern? Gute Schule, an der qualitativ guter Unterricht möglich ist und eine adäquate Ausstattung für ALLE Schülerinnen und Schüler in Frankfurt, Hessen, Deutschland! Selbstverständliche Teilhabe und Inklusion, denn Eltern sind keine Bittsteller. Als Planungssicherheit fordern wir für weiterführende Schulen, die Inklusion anbieten und ein Konzept entwickeln, zumindest 1 gesicherte Förderlehrerstelle pro Jahrgang. Es wäre dann unfassbar einfach für die Schulen, die angemeldeten Schülerinnen und Schüler zu planen und sich bei Engpässen gleich mit möglichen anderen Schulen zu beraten. Wir sprechen hier von 10-15 Lehrerinnen und Lehrern pro Schuljahr für inklusiv arbeitende weiterführende Schulen in einer Stadt wie Frankfurt für die nächsten 2 – 3 Jahre!

Und sollte das nicht mit passenden Förderkollegen aufzufüllen sein (Stichwort Lehrermangel in Frankfurt), könnte die Unterstützung von Sozialpädagogen angefordert werden und erstmal eine Lösung sein. In Zeiten, in den wir als Exportweltmeister mit unseren Bilanzüberschüssen Schulden tilgen können, schaffen wir es nachhaltig nicht, unsere Verpflichtungen in der schulischen Bildung gerecht zu werden? Wenn nicht jetzt – wann dann?

Was wir NICHT akzeptieren, ist weder der wiederkehrende Verweis auf die Förderschule, wie er aktuell in zahlreichen Förderausschussprotokollen zu finden ist, wenn die Eltern inklusive Beschulung ausdrücklich wünschen. Noch wollen wir die zwanghafte Zuweisung der abgelehnten Schülerinnen und Schüler an deren Wunschschule, OHNE die angemessenen Vorkehrungen - also die notwendigen Ressourcen/Lehrerstunden - dafür bereitzustellen. Denn eine „Klassenvollstopfung um der Inklusion willen“ haben als Ergebnis überforderte Lehrkräfte, die in überfüllten Klassenräumen nicht mehr wissen, wie sie ihrem Lehrauftrag noch gerecht werden wollen. Das kann niemanden zufrieden stimmen!

Auf der einen Seite nutzt die Landesregierung das Elternwahlrecht, um das mehrgliedrige System beizubehalten, zu dessen Abbau sie verpflichtet ist. Auf der anderen Seite wird die Inklusion immer mehr verwässert, mit immer weniger Stunden ausgestattet und zugleich die Klassengröße angehoben. Das werden die Eltern und unterstützenden Vereine nicht mehr länger hinnehmen und kündigen hiermit bereits heftigen Widerstand an. Alle unsere Kinder haben einen Anspruch auf guten Unterricht! Und dafür braucht es nicht nur die entsprechende Haltung, sondern auch die ausreichende Anzahl Lehrerinnen und Lehrer.

Kontakte bei Rückfragen:

- Alexandra Cremer, Netzwerk Inklusion Frankfurt, 0171-5342585, alexandra.cremer.nif@gmail.com
- Ursula Martin-Hantl, Gemeinsam leben Frankfurt, 0170-1854787, martin-hantl@gemeinsamleben-frankfurt.de
- Alix Puhl, Stadtelternbeirat der Stadt Frankfurt, 0160-96677672, alix.puhl@steb-ffm.de
- Dr. Dorothea Terpitz, IGEL OF, Gemeinsam leben Hessen, 069-83008685, dorothea.terpitz@gemeinsam-leben-hessen.de